

Der Bezirkslehrerausschuss Tempelhof-Schöneberg verlangt die Reduzierung des Stundendeputats an allen Schulformen um jährlich eine Stunde, bis 21 Wochenstunden Unterricht (unter Beibehaltung der bisherigen Ermäßigungsstunden, z.B. für die Klassenleitung) für Lehrkräfte aller Schularten erreicht sind. Gehaltsverluste dürfen nicht entstehen, auch vollständiger Personalausgleich ist gefordert.

Begründung: Die Arbeit in Vollzeit kann nicht bewältigt werden. In Vollzeit beschäftigte Kolleginnen und Kollegen sind nach wenigen Berufsjahren zum großen Teil chronisch krank. Wer es sich leisten kann, arbeitet in Teilzeit, um gesund zu bleiben bzw. wieder gesund zu werden. Vollzeitbeschäftigung muss wieder erträglich werden!

Die Arbeitsbelastung steigt seit 1990. Arbeitszeiterhöhungen und Arbeitsverdichtungen sind die Hauptinstrumente, die mit unterschied-

licher Gewichtung angewandt wurden. Das Mittel der Arbeitszeiterhöhung schien nach der Jahrtausendwende durch intensive Anwendung ausgereizt. Danach bildeten Arbeitsverdichtungen den Schwerpunkt. Viele Belastungen sind sowohl Arbeitszeiterhöhungen als auch Arbeitsverdichtungen, so beispielsweise die Erhöhung von Klassenfrequenzen. Die an der Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung ablesbare nominelle Steigerung von ca. 10 Prozent gibt die tatsächliche Arbeitszunahme nur stark verkleinert wieder, denn größere Klassen bedeuten sowohl intensivere Arbeitsbelastung im Unterricht als auch mehr Korrekturen und Verwaltungsaufgaben, die folglich auch länger dauern. Daher die Forderung nach 21 Wochenstunden. „Gerade unsere Kolleginnen und Kollegen haben nicht vergessen, dass der Berliner Senat seit 1992 mehrfach die Pflichtstundenzahl für Lehrer/innen erhöht hat, ohne einen Ausgleich dafür zu geben. Diese Erhöhung beträgt seitdem annähernd 20 Prozent der wöchentlichen Arbeitszeit“ (Sigrid Baumgardt, 7.11.2012)¹

Anlage: Steigerung der Arbeitszeit seit 1990²

Die Auflistung kann nicht vollständig sein, da die Zunahme der Arbeitsbelastung an den einzelnen Schulen sehr unterschiedlich verschärft bzw. abgemildert wird. Sie beinhaltet daher nicht den erhöhten Arbeitsbedarf durch das Wachsen der Zahl prekarisierter und in Armut lebender Schülerinnen und Schüler, durch wachsende Infor-

mationsverpflichtungen, durch Übernahme statistischer und von Verwaltungsarbeiten wie bei der Lehrmittelzuzahlungsbefreiung und dem Berlinpass, durch vermehrte Betreuungsaufgaben für nicht schul- bzw. schulartspezifisch ausgebildete Berufs- und Quereinsteiger und vieles andere mehr.

I. 1992 bis 2003

I.1 Arbeitszeitverlängerungen durch Vergrößerung der Pflichtstundenzahl in Gesamtberlin

I.2 Entwicklung des Stundendeputats

I.3 Präsenztage

I.4 Formen der Arbeitsverdichtung bis 2003

II. 2003 bis 2013

II.1. Mehrarbeit durch Erweiterung der Anforderungen an den Unterricht, die außerunterrichtliche Betreuung und die Bewertung

II.2 Mehrarbeit im Zusammenhang mit der Digitalisierung der Arbeit

II.3 Mehrarbeit durch Arbeitszeitverlängerung für ältere Lehrkräfte

III. 2013 bis 2016

Mix aus informeller Arbeitsverdichtung und Arbeitszeitverlängerung

IV. Folgen für die Arbeitenden

II. 2003 bis 2013

I. 1992 bis 2003

Schwerpunkt: Erhöhung des Stundendeputats

I.1 Arbeitszeitverlängerungen durch Vergrößerung der Pflichtstundenzahl in Gesamtberlin

Jahr	Form der Arbeitszeitverlängerung
1992	Erhöhung des Stundendeputats und Reduzierung der Altersermäßigung ³
1996	Reduzierung der Altersermäßigung ⁴
2000	Erhöhung des Stundendeputats ⁵
2003	Erhöhung des Stundendeputats ⁶

I.2 Entwicklung des Stundendeputats (ggf. minus eine Stunde für Klassenleitung)

Jahr	Grundschule	Hauptschule	Realschule	Gymnasium	Gesamtschule	Sonderschule	Berufsschule
1990 (Ostberlin) ⁷	siehe POS	Schultypen nicht vorhanden		EOS: 23	POS: 23	23	23
1990 (Westberlin) ⁸	25	24	24	22	22	23	22
1998 ⁹	26,5	25,5	25,5	23	23	24,5	23
2000	27,5	26,5	26,5	24	24	25,5	24
2003	28	27	27	26	26	27	26
		Integrierte Sekundarschule ¹⁰					
2010	28	26		26	26	27	26

I.3 Präsenztage

2003 verordnete der Senat den Lehrkräften drei Präsenztage in den Ferien. Nach GEW-Protesten wurde dann nur ein Präsenztage vorgeschrieben.¹¹ Seit 2015 sind es wieder drei Präsenztage (siehe S. 9).

I.4 Formen der Arbeitsverdichtung bis 2003

Ostberlin: Einführung eines anderen Schulsystems, 2jähriger Bewährungszeitraum für alle Kolleginnen und Kollegen, völlige Umstellung des Unterrichts, neue und zusätzliche Arbeitsanforderungen durch Problemlagen der erstmals von Arbeitslosigkeit betroffenen Familien

Gesamtberlin: seit 1996 Einführung der Integration der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf¹²: Erstellung von Gutachten zur Beantragung des Förderstatus v.a. an den Grundschulen, in Integrationsklassen zieldifferenter Unterricht im Fachunterricht

II. 2003 bis 2013

Schwerpunkt: Arbeitsverdichtung = Erhöhung der Arbeitsintensität

II.1 Mehrarbeit durch Erweiterung der Anforderungen an den Unterricht, die außerunterrichtliche Betreuung und die Bewertung

Die wachsende Heterogenität der Schülerschaft hat zu erweiterten Anforderungen an den Unterricht, die außerunterrichtliche Betreuung und die Bewertung geführt, die im Kern als „Binnendifferenzierung“ bezeichnet werden. Der Umfang dieses Aufgabenfeldes hängt stark von den Lerngruppen ab, z.B. vom Ausmaß und der Art der Inklusion. Binnendifferenzierung ist in jeder Art von Unterricht zu leisten, auch in Kursen mit äußerer Leistungsdifferenzierung, wo vor allem, aber nicht nur, die Grundkurse zunehmend heterogen zusammengesetzt sind. Ein Beispiel ist eine Klassenarbeit Mathematik im Grundkurs 9. Klasse ISS in fünf Varianten für Schülerinnen bzw. Schüler mit dem Förderbedarf geistige Entwicklung (a), emotionale Entwicklung (b), Lernen (c) und Sprache (d) sowie für die Schülerinnen und Schüler ohne Förderbedarf (e). Die Erweiterung der Anforderungen an die Binnendifferenzierung ist im Folgenden nur erwähnt, insoweit sie von der Schulbehörde angewiesen wurde.

II.1a) Mehrarbeit an den Grundschulen

Jahr	Ursachen der Mehrarbeit
2004	Einführung der Vergleichsarbeiten in Deutsch und Mathematik in den zweiten und vierten Klassen mit umfangreichen Kontroll-, Dokumentations- und Beratungsverpflichtungen ¹³ Einführung des NaWi-Unterrichts
2005	Einführung des Ganztagsbetriebs an allen Grundschulen (ohne Arbeitszeitausgleich und mit unzureichendem Personalausgleich) mit umfangreichen schulorganisatorischen Herausforderungen ¹⁴ , praktische Räum- und Renovierungsarbeiten, hoher Organisationsaufwand durch Doppelnutzung der Klassenräume Rhythmisierung der Fächer Geschichte / Erdkunde / Sozialkunde
seit 2005	Das neue Schulgesetz verpflichtet zum jahrgangsübergreifenden Lernen: Auflösung der Klassenverbände mit der Folge umfangreicher Umstellungen der Unterrichtsorganisation und problematischer Leistungsentwicklung der Schulanfänger ¹⁵ . Das neue Schulgesetz legt grundsätzlich das Aufrücken in die nächste Jahrgangsstufe anstelle der Wiederholung der Jahrgangsstufe fest und verpflichtet die Lehrerinnen und Lehrer zur Erarbeitung individueller Fördermaßnahmen, die in Form von Förderplänen abgefragt und umgesetzt werden ¹⁶ .
2008	Ersetzung der Vergleichsarbeiten in den zweiten und vierten Klassen durch die Vergleichsarbeiten VERA 3 ¹⁷
2003 - 2013	Verdopplung der Zahl der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf von ca. 4000 auf ca. 8500, gleichzeitig Verringerung der zusätzlichen Stunden für Integration, aufwändiger werdendes Antragsverfahren für die Zuerkennung des Förderstatus, Erstellung umfangreicher Förderpläne und Zielvereinbarungen, häufigere Beratungsgespräche, regelmäßige zusätzliche Sitzungen der Klassenteams ¹⁸
seit 2013	Abschaffung des jahrgangsübergreifenden Lernens an vielen Grundschulen aufgrund anhaltender pädagogischer Probleme ¹⁹ und Mehrarbeit durch Rückabwicklung

II.1b) Mehrarbeit an den Schulen der Sekundarstufe I ohne Gymnasien und Sonderschulen

Jahr	Ursachen der Mehrarbeit
2003	Einführung der freiwilligen Vergleichsarbeiten am Ende der Klassen 10 an einigen Haupt- und Realschulen
2004	Einführung der Lernstandsanalyse 7 mit umfangreichen Kontroll-, Dokumentations- und Beratungsverpflichtungen sowie Festlegung individueller Fördermaßnahmen
2005	Das neue Schulgesetz legt grundsätzlich das Aufrücken in die nächste Jahrgangsstufe anstelle der Wiederholung der Jahrgangsstufe fest und verpflichtet die Lehrerinnen und Lehrer zur Erarbeitung individueller Fördermaßnahmen, die in Form von Förderplänen abgefragt und umgesetzt werden ²⁰ .
2006	Einführung der Prüfung zum Mittleren Schulabschluss in Deutsch, Mathematik und Englisch sowie des berufsorientierenden Abschlusses am Ende der Klasse 10 mit umfangreichen Kontroll-, Dokumentations- und Beratungsverpflichtungen
2008	Einführung der Prüfungen im 4. Fach (Präsentationsprüfungen) mit umfangreichen Mehrarbeiten bei der Vorbereitung, Betreuung und Bewertung der Prüfungen
2008	Einführung der Lernstandserhebung VERA VIII in Deutsch, Mathematik und Englisch mit umfangreichen Kontroll-, Dokumentations- und Beratungsverpflichtungen
2010	Aufbau der ISS mit dem ersten Jahrgang 7 bei gleichzeitigem Auslaufen der Haupt- und Realschule in derselben Schule, sehr umfangreiche Umstellungen der Unterrichtsorganisation Anpassung der Schulprogramme an neue Vorschriften für die ISS: Erarbeitung neuer Curricula für die einzelnen Unterrichtsfächer Einführung der inneren Differenzierung auf drei Niveaus mit „Schlüsselaufgaben“ entsprechend den Rahmenlehrplänen praktische Räum- und Renovierungsarbeiten bei Schulfusionen Einführung des Ganztagsbetriebs der ISS ohne Arbeitszeitausgleich und mit unzureichendem Personalausgleich Das Aufrücken in die nächste Jahrgangsstufe tritt an die Stelle der Wiederholung der Jahrgangsstufe, das Schulgesetz § 4 verpflichtet die Lehrerinnen und Lehrer an den ISS zur Erarbeitung individueller Fördermaßnahmen, die in Form von Förderplänen abgefragt

BESCHLUSS DES BEZIRKSLEHRERAUSSCHUSSES TEMPELHPOF / SCHÖNEBERG VOM 12. MAI 2016

	und umgesetzt werden ²¹ .
2012	Übergang zu Benotung auf zwei Niveaustufen und Erstellung von Abschlussprognosen ab 2012 (erster 9. Jahrgang der ISS) – besonders erschwert durch immanente Widersprüche in den entsprechenden Verordnungen -, Erarbeitung neuer Formen von Tests und Klassenarbeiten
2013	Erste Durchführung der Prüfung zur Berufsbildungsreife in Deutsch und Mathematik in den 9. Klassen mit umfangreichen Kontroll-, Dokumentations- und Beratungsverpflichtungen
2014	Einführung der Prüfungen im 4. Fach (Präsentationsprüfungen) mit umfangreichen Mehrarbeiten bei der Vorbereitung, Betreuung und Bewertung der Prüfungen für <i>alle</i> SuS der 10. Klassen, auch die SuS, die den EBBR anstreben

II.1c) Mehrarbeit an den Gymnasien

Jahr	Ursachen der Mehrarbeit
2006	Einführung der Prüfung zum Mittleren Schulabschluss in Deutsch, Mathematik und Englisch sowie des berufsorientierenden Abschlusses am Ende der Klasse 10 mit umfangreichen Kontroll-, Dokumentations- und Beratungsverpflichtungen Einführung der 5. Prüfungskomponente beim Abitur mit umfangreichen Mehrarbeiten bei der Vorbereitung, Betreuung und Bewertung sowie Nachbesprechung der Prüfungen
2008	Einführung der Lernstandserhebung VERA VIII in Deutsch, Mathematik und Englisch mit umfangreichen Kontroll-, Dokumentations- und Beratungsverpflichtungen
2010	Verpflichtung zur Festlegung individueller Fördermaßnahmen bei Versetzungsgefährdung ²²
2012	Schulzeitverkürzung auf 6 Jahre bis zum Abitur mit sehr umfangreichen curricularen Anpassungen und Umstellungen der Unterrichtsorganisation ²³
2013	Einführung der schriftlichen Ausarbeitung zur 5. Prüfungskomponente beim Abitur mit umfangreichen Mehrarbeiten bei der Vorbereitung, Betreuung und Bewertung sowie Nachbesprechung der Prüfungen

2014	Einführung der Prüfung zum Mittleren Schulabschlusses und zur erweiterten Berufsbildungsreife mit umfangreichen Kontroll-, Dokumentations- und Beratungsverpflichtungen inklusive der Prüfungen im 4. Fach (Präsentationsprüfungen) mit umfangreichen Mehrarbeiten bei der Vorbereitung, Betreuung und Bewertung der Prüfungen
------	--

II.2 Mehrarbeit im Zusammenhang mit der Digitalisierung der Arbeit

II.2a) Belastungsform 1: Verschiebung der digitalen Verwaltungsarbeit auf die Lehrerinnen und Lehrer

1. Digitale Dokumentation: alle Ergebnisse von VERA VIII und der Abschlussprüfungen im 9. und 10. Jahrgang
2. Digitale Auswertung: alle Ergebnisse von VERA VIII und teilweise der Ergebnisse der Abschlussprüfungen im 9. und 10. Jahrgang zur Erstellung von Stichproben für das Institut für Schulqualität der Länder Berlin und Brandenburg
3. Digitale Schulauswahl der weiterführenden Schulen, verbunden mit hohem Beratungsbedarf, Anmeldung an den weiterführenden Schulen
4. Digitale Selbstevaluation (tatsächlich: Fremdevaluation): verpflichtend seit 2012

II.2b) Belastungsform 2: Kommunikation

Die Kommunikation im Kollegium und mit außerschulischen Partnern ist nicht Teil des Stundendeputats. Sie wird deswegen zum größten Teil am häuslichen Arbeitsplatz verrichtet, in der Regel digital. Die Kommunikationsnotwendigkeiten sind exponentiell gewachsen:

1. proportional zur Arbeitsverdichtung (siehe Abschnitt II.1). U.a. ergibt sich ein zunehmender Bedarf für Gespräche mit Eltern und Betreuerinnen und Betreuern, Lerntherapeutinnen und Lerntherapeuten sowie Einzelfallhelferinnen und Einzelfallhelfern

2. durch die Vermehrung der außerschulischen Partner der einzelnen Schulen (Landesinstitutionen, Stiftungen, Vereine, Kooperationsschulen u.a.)
3. durch die Vervielfachung der an der Schule arbeitenden Nichtunterrichtenden (Lesepatinnen und Lesepaten, Schulhelferinnen und Schulhelfer, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Praktikantinnen und Praktikanten)
4. durch die zunehmende Zahl der zu betreuenden Referendarinnen und Referendare, wofür zu wenige Abminderungsstunden zur Verfügung stehen
5. durch die Betreuung von Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern ohne Arbeitszeitausgleich

II.3 Mehrarbeit durch Arbeitszeitverlängerung für ältere Lehrkräfte

Das 1999 eingeführte Altersteilzeitmodell wurde 2006 wieder abgeschafft. Schon 2002 war die Altersermäßigung gestrichen worden²⁴. Die Arbeitszeit älterer Kolleginnen und Kollegen wurde so um mehrere Deputatstunden pro Woche erhöht. Dies wurde durch die Wiedereinführung einer Altersermäßigung im Jahr 2013 bei weitem nicht ausgeglichen. Das Ergebnis ist eine Arbeitszeitverlängerung für ältere Lehrkräfte.

III. 2013 bis 2016

Mix aus informeller Arbeitsverdichtung und Arbeitszeitverlängerung

Die informellen Formen der Arbeitszeitverlängerung können naturgemäß nicht exakt zahlenmäßig dargestellt werden. Viele davon sind in der zunehmenden Selbstverwaltung der Schulen versteckt, die durch kosmetische Verringerung der Unterrichtsverpflichtung der Schulleiterinnen und Schulleiter bei weitem nicht ausgeglichen wird.

An manchen Schulen sind ausufernde Dienstberatungen für alle Lehrerinnen und Lehrer das Mittel der Wahl, um den organisatorischen Aufwand zu bewältigen. Individuell unterschiedliche, in jedem Fall aber belastungssteigernde Wirkungen hatte die Streichung der Arbeitszeitkonten aller Kolleginnen und Kollegen im Jahr 2015. So wur-

de der Zeitausgleich für die Arbeitszeitverlängerung und die Besoldungseinbußen von 2003 geraubt.

Ein Beispiel informeller Arbeitsverdichtung ist die Verwendung von zusätzlichen Lehrerstunden, die eigentlich für die Integration und Inklusion oder das Erlernen des Deutschen als Zweitsprache vorgesehen sind, als Vertretungsreserve. Lehrerstunden für die Teilung der Gruppen beim Schwimmunterricht sind ganz entfallen.

Seit 2015 müssen drei Präsenztage am Ende der Sommerferien in der Schule verbracht werden. Das kann Freizeitraub bedeuten, für andere Lehrkräfte aber auch Arbeitsverdichtung durch den Wegfall der Vorbereitungszeit am häuslichen Arbeitsplatz in den letzten Tagen der unterrichtsfreien Zeit.

Informell führt auch die zunehmende Verwahrlosung der Schulgebäude zu Mehrarbeit: Lehrerinnen und Lehrer müssen die dringendsten hygienischen und restaurativen Arbeiten in der unterrichtsfreien Zeit veranlassen oder sehr oft selbst durchführen. Ähnlich wirkte die Einführung des Ganztagsbetriebs in dafür weder gebauten noch ausgestatteten Schulen: Lehrerinnen und Lehrer mussten und müssen das Notdürftigste selbst beschaffen, herstellen und einrichten. Das gilt verschärft seit der Einrichtung der Lerngruppen für geflüchtete Kinder und Jugendliche („Willkommensklassen“). Hier kommt zur

Herrichtung der Räume und dem organisatorischen Aufwand zusätzlich zum Stundendeputat der Lehrkräfte die Betreuung der Lehrerinnen und Lehrer dieser Klassen hinzu, die in der Regel nicht über eine ausreichende pädagogische Ausbildung verfügen.

Nicht auf den ersten Blick sichtbar sind die Folgen der stark gewachsenen Heterogenität der Schülerschaft (nicht nur in „Willkommensklassen“) für die Unterrichtsvor- und -nachbereitung der Lehrerinnen und Lehrer: Das Fehlen der finanziellen Mittel für die eigentlich notwendige Differenzierung der Unterrichtsangebote können sie durch die zeitaufwändige Erstellung zusätzlicher Materialien am häuslichen Arbeitsplatz bei weitem nicht ausgleichen – ein Tag hat nur 24 Stunden.

Weitere informelle Belastungen ergeben sich in etlichen Regionen aus der Konkurrenz der Schulen um Anmeldungen von Schülerinnen und Schülern: Die Beschäftigten müssen Reklame für den eigenen Arbeitsplatz betreiben. An vielen Schulen müssen die Kolleginnen und Kollegen verpflichtende schulinterne Fortbildungen zusätzlich zum Stundendeputat absolvieren.

Die Einführung der neuen Rahmenlehrpläne ist für 2017 vorgesehen. Trotzdem bedeuten sie bereits 2016 Mehrarbeit, weil die Umsetzung ohne die wechselseitige Anpassung der Vorgaben an die Schulcurri-

cula und umgekehrt nicht möglich ist. Die aufwändige Arbeit der Curricularisierung der verbindlichen Lerninhalte wurde auf die Schulen verschoben und beginnt in vielen Schulen bereits jetzt.

2016 wird ein ganzer akademischer Ausbildungsabschnitt an die Schulen verlagert: Die Einführung des Praxissemesters wird völlig neue informelle Belastungen der betreuenden Kolleginnen und Kollegen generieren.

IV. Folgen für die Arbeitenden

Das Schwerpunktthema des DGB-Index „Gute Arbeit“ war 2013 unbezahlte Arbeit. Hier kamen zusätzliche Arbeitsbelastungen ans Licht, die neben den Lehrerinnen und Lehrern auch die Erzieherinnen und Erzieher betreffen. Bei der unbezahlten Arbeit (also Mehrarbeit) waren die Lohnabhängigen im Bereich Bildung und Unterricht mit 45 % traurige Spitzenreiter, gefolgt von Informations-, Kommunikations- und Sozialberufen mit 20 %. Im Durchschnitt fällt es 34 % der Lohnabhängigen in Deutschland schwer, nach der Arbeit abzuschalten, bei den Lehrberufen sind es 58 % (DGB-Index 2011, Kategorie „Dauerpräsenz beruflicher Probleme“). 27 % aller in Deutschland Arbeitenden müssen in der Freizeit für berufliche Belange erreichbar sein, in den Lehrberufen 56 % (DGB-Index 2011). Im Zuge der Entgren-

Immer gilt: Das Fehlen von Arbeitsplätzen für Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen fällt mit jeder Verlängerung und Verdichtung stärker als früher ins Gewicht, weil der damit verbundene zusätzliche Planungs- und Organisationsaufwand entsprechend steigt und außerdem der tägliche Wechsel der Arbeitsorte eine Messung der verlängerten Arbeitszeiten verhindert.

zung in anderen Branchen wurden die Lehrer 2011 in der Kategorie „mindestens zweimal im Jahr krank zur Arbeit“ knapp von den Bauarbeitern und den Beschäftigten im Sozial- und Gesundheitswesen überholt (57, 56, 55 %). Beim Thema „Arbeitshetze durch Multitasking“ lagen nur Informations- und Kommunikations- sowie Finanz-, Verwaltungs- und Chemieberufe vor den Lehrerinnen und Lehrern sowie den Erzieherinnen und Erziehern (71 % im Vergleich zum Durchschnitt aller Arbeitenden von 65 %). Ganz vorn liegt unsere Berufsgruppe in der Kategorie „Pausen ausfallen lassen oder verkürzen“ (beides laut DGB-Index 2015). Im Ergebnis ist die Arbeit in Vollzeit für die meisten nicht mehr zu schaffen.

¹ http://www.gew-berlin.de/352_3106.php

² Die Übersicht erhebt nicht den Anspruch vollständig zu sein. Für die Zeit von 2000 bis 2015 verweisen wir auf: http://www.gew-berlin.de/public/media/KuerzungenErhoehungen2001_-_2015.pdf

³ http://www.gew-berlin.de/public/media/Berliner_Schule_2001-2012.pdf

⁴ http://www.gew-berlin.de/2390_2461.php

⁵ http://www.gew-berlin.de/2391_2730.php

⁶ http://www.gew-berlin.de/public/media/Berliner_Schule_2001-2012.pdf

⁷ http://www.pedocs.de/volltexte/2011/1869/pdf/Schmidt_Gerlind_Ende_des_Lehrermangels_in_der_DDR_D_A.pdf

⁸ http://www.gew-berlin.de/public/media/Beschluss_4.pdf

⁹ <http://www.gaebler.info/hamburg/lehrerarbeitszeit.pdf>

¹⁰ http://www.gew-berlin.de/public/media/Berliner_Schule_2001-2012.pdf

¹¹ http://www.gew-berlin.de/2390_2545.php

¹² <http://www.dr-brita-schirmer.de/pdf/artikel07.pdf>

¹³ <http://www.tagesspiegel.de/wissen/schulvergleich-vera-lehrer-wollen-vergleichstests-abschaffen/9847244.html>

¹⁴ <http://www.berlin.ganztaegig-lernen.de/ganztagsschule-in-berlin>

¹⁵ <http://www.grundschulen.net/126-berliner-grundschulen-haben-wieder-die-wahl-ob-jul-praktiziert-wird-oder-nicht.html>

¹⁶ <http://www.gew-berlin.de/public/media/SG4.pdf>

¹⁷ http://www.gew-berlin.de/3247_3408.php

¹⁸ http://www.gew-berlin.de/10103_13300.php

¹⁹ <http://www.morgenpost.de/berlin/article110272821/Viele-Berliner-Grundschulen-schaffen-Juel-wieder-ab.html>

²⁰ <http://www.gew-berlin.de/public/media/SG4.pdf>

²¹ <http://www.gew-berlin.de/public/media/SG4.pdf>

²² <http://www.gew-berlin.de/public/media/SG4.pdf>

²³ https://de.wikipedia.org/wiki/Abitur_nach_der_zwölften_Jahrgangsstufe

²⁴ http://www.gew-berlin.de/3248_3431.php